

## Podiumsdiskussion setzt Akzente

### „Wir werden mehr Geld benötigen“

In einer regen Podiumsdiskussion unter der Moderation der BR-Journalistin Claudia Gürkov tauschten Bezirketagspräsident Josef Mederer, Nicole Lassal (Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Bayern), Prälat Bernhard Piendl sowie Matthias Münning ihre Erwartungen und Hoffnungen an das neue Bundesteilhabegesetz aus. „Wir haben die Befürchtung, dass auch durch das neue Gesetz nicht genügend Geld vorhanden sei, um die angestrebten Änderungen auch wirklich umsetzen zu können“, so der Tenor. Ziel müsse es sein, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt leben können. Dazu gehöre auch die Entscheidung, wo ein Betroffener wohne. Bezirketagspräsident Josef Mederer wies daraufhin, dass gerade bei der Großen Koalition in Berlin noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei. „Zu wenige Parlamentarier kennen unsere Forderungen und Wünsche. Daher müssen wir weiter Lobbyarbeit leisten und unser Eckpunktepapier publik machen.“ Auch Prälat Piendl forderte größeres Engagement aller Beteiligten in Berlin, um mehr Einfluss nehmen zu können. Dazu sei es nötig, möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Piendl lobte die breit geführten Konsultationen und Gespräche, die das Bayerische Sozialministerium geführt und geleitet habe. Klar sei aber auch, dass insgesamt mehr Geld zur Verwirklichung der gesteckten Ziele erforderlich sei. Mederer unterstützte diese Forderung und betonte, dass ein Bundesteilhabegesetz sich als feste Haushaltsgröße niederschlagen müsse.

„Wir müssen die behinderten Menschen in die Mitte der Gesellschaft holen“, betonte auch Matthias Münning. Allerdings stellte er die Frage in den Raum, ob alle Beteiligten tatsächlich auf mehr Geld hoffen dürfen. „Auch ich glaube, dass wir mehr finanzielle Mittel benötigen, aber ich vermute, es wird nicht so kommen. Stattdessen müssen wir prüfen, wie und wofür wir unser Geld ausgeben. Das ist mühsam und anstrengend, kann aber auch sinnvoll sein“, machte er deutlich.

Einig waren sich alle, dass das neue Gesetz die Rolle der Menschen mit Behinderungen neu regeln müsse. Dazu gehöre der personenzentrierte Ansatz: „Es macht die Menschen stolz, wenn sie sich selbst organisieren können und ihr Leben selbst gestalten“ betonte Mederer. „Behinderte Menschen können das, genau wie Sie“ fügte Münning hinzu. Nicole Lassal betonte aber, dass es zukünftig nur eine Instanz geben solle, die als Ansprechpartner für die Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehe.

*Henner Lüttecke*